

Gerd Wiegel

AfD – Zwischen Etablierung und Selbstzerstörung¹

Der NRW-Landesvorsitzende der AfD Marcus Pretzell bezeichnete seine Partei beim Parteitag im Juli 2015 in Essen nicht nur als Anti-Euro- sondern auch als Pegida-Partei. Frauke Petry, neue Vorsitzende der AfD bescheinigte dem Islam, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar zu sein. Die AfD, soviel scheint nach dem Spaltungsparteitag festzustehen, hat sich dem Teil der Bevölkerung, der bei Pegida vorübergehend seine politische Heimat fand, als politischer Repräsentant voll und ganz geöffnet. Während die Bundesrepublik im Frühjahr und Sommer 2015 über Griechenland, Grexit und Euro debattierte, war von der AfD zu diesem ursprünglichen Kernthema der Partei nichts mehr zu hören.

Als Ergebnis des Parteitags von Essen lässt sich festhalten, dass sich der national-konservative Flügel der Partei mit Hilfe von Vertretern neurechter und modernisierter Formen der extremen Rechten gegen den national-liberalen Flügel klar durchgesetzt hat. Mit Frauke Petry und Alexander Gauland finden sich Vertreter dieses Flügels an entscheidenden Positionen. Mit Beatrix von Storch ist auch der christlich-fundamentalistische Teil eingebunden. Die bisher dominierenden aber seit Monaten in die Defensive gedrängten Nationalliberalen um Lucke und Henkel sind abgestraft und mit einem bemerkenswerten Hass auf dem Parteitag in Essen an den Rand und schließlich aus der Partei gedrängt worden. Von einer bürgerlichen Professorenpartei (so das Selbstbild) hat sich die AfD in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer rechten Stammtischpartei transformiert.

Bernd Lucke hat nach kurzer Überlegung die AfD verlassen und mit der Partei ALFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch) den nächsten Versuch gestartet, den passenden Rahmen für sein politisches Ego zu gründen. Hans Olaf Henkel hat die AfD ebenso verlassen wie ca. 4.000 weitere Mitglieder, die jedoch nur zum Teil Lucke in die neue Partei gefolgt sind. Die AfD nutzte die Monate der Sommerpause nach dem Parteitag für einen Austausch des Personals in zahlreichen Landesverbänden, womit sich der Charakter der Partei noch einmal verändert hat. Sicher ist, dass sich die Hoffnungen vieler mittelständischer Unternehmer und Anhänger marktradikaler Positionen, die AfD könne zum konsequent marktradikalen Erben der FDP werden, nicht erfüllt haben.

Nachdem zahlreiche Beobachter mit der Abspaltung des Lucke-Flügels von einem deutlichen Rückgang wenn nicht Niedergang der AfD ausgingen, hat die seit dem Spätsommer anhaltende Flüchtlingsdebatte das zentrale Thema der AfD in den Fokus gerückt und der Partei zu einem Aufschwung verholfen, der sie in den Umfragen bundesweit mittlerweile bei bis zu 10 Prozent sieht. Inhaltlich ist die Partei noch einmal weiter nach rechts gerückt und versucht mit allen Mittel, den xenophoben, rassistischen Teil der Bevölkerung zu

¹ Geringfügig überarbeitetes Vortragsmanuskript anlässlich des Kolloquiums zur Erinnerung an den im Jahr 2014 verstorbenen Faschismusforscher Reinhard Kühnl am 10. Juli 2015 in Marburg.

bedienen. Von der Aushebelung des im Grundgesetz verankerten Asylrechts bis zur Forderung nach möglichem Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlingen an deutschen Grenzen reichen die schrillen Töne der AfD-Führung, die sich nur noch wenig Beschränkung oder gar Abgrenzung zur neofaschistischen Rechten auferlegt. Der momentane Erfolg mit Positionierungen, wie sie für die Landesverbände in Sachsen, Thüringen und Brandenburg schon länger zu beobachten waren, zeigt, dass die AfD zum Sprachrohr eines Teils der Bevölkerung geworden ist, der sich nicht mehr im Parteiensystem vertreten sieht. Alle Einstellungsuntersuchungen der letzten Jahre zeigen, dass das WählerInnenpotenzial für Positionen, wie sie von der AfD formuliert werden, groß genug ist, um in die Parlamente einzuziehen. Abzuwarten bleibt, ob und wie die AfD diese Menschen an sich binden kann, wenn das Thema Flucht und Asyl aus der medialen Aufmerksamkeit verschwunden ist und durch andere Themen ersetzt wird.

Während die AfD als direkter Mehrheitsbeschaffer für die Union aufgrund ihrer Radikalisierung zunächst ausfällt, könnte ihr parlamentarischer Erfolg aber dazu führen, dass gegen die Union von links nicht mehr regiert werden kann.

Blenden wir knapp zwei Jahre zurück:

Im September 2013 scheiterte die Alternative für Deutschland (AfD) mit 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen nur sehr knapp an der Fünfprozenthürde und verpasste damit den Einzug in den Bundestag. Für eine Partei, die erst ein knappes halbes Jahr zuvor gegründet worden war, handelte es sich um ein äußerst beachtliches Ergebnis. Fast aus dem Stand heraus wäre es einer Partei rechts der Union beinahe gelungen, ins Parlament einzuziehen. Die AfD ist damit das bisher erfolgreichste parteipolitische Projekt rechts der Union seit dem Scheitern der NPD 1969, die damals ähnlich knapp mit 4,3 Prozent den Einzug in den Bundestag verpasste. Die Parallelität der Zahlen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es mit zwei völlig unterschiedlichen Parteiprojekten der politischen Rechten zu tun haben. Ablesen ließe sich bei einem genaueren Vergleich der fundamentale Wandel der radikalen politischen Rechten, der sich seit den neunziger Jahren schon in zahlreichen europäischen Nachbarländern beobachten ließ. Parteien wie die FPÖ, die Dänische Volkspartei, der Front National, die Partei für die Freiheit aus den Niederlanden und zahlreiche andere erfolgreiche Rechtsparteien unterscheiden sich heute deutlich von einer traditionellen radikalen Rechten, die sich auf den historischen Faschismus bezieht. Trotzdem findet man bei zahlreichen der genannten Parteien auch heute noch klassische Ideologiemomente dieser älteren Form – allerdings überdeckt, verändert oder in den Hintergrund gerückt.

Ob die AfD sich in diese Reihe der modernen Rechtsparteien, die auf Elemente der extremen Rechten zurückgreifen, einreihen will, ist noch nicht abschließend geklärt, die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch in diese Richtung. Ohne Zweifel finden sich diese Elemente der extremen Rechten bei der AfD, ein heftiger Streit besteht jedoch seit Monaten darüber, welches Gewicht diesen Elementen zukommen soll. Dieser Streit ist auch mit dem Ergebnis des Parteitages von Essen nicht gelöst, ganz im Gegenteil ist er im Zuge des erneuten Aufschwungs der AfD eher stärker geworden. Neurechte Ideologen wie der Thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke werden versuchen, die Partei weiter auf Positionen der modernisierten extremen Rechten zu drängen und dabei auch in Auseinandersetzungen mit dem Petry/Gauland-Flügel geraten.

Thematische Herkunft, Wendungen, Flügel

Ihren Aufstieg hat die AfD im Zuge der Euro- und Griechenlandkrise 2013 erfahren. Aus einer marktradikalen Position heraus wurde die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung kritisiert. Die der Logik des Marktes widersprechenden finanziellen Hilfen (für die Banken als Schuldner und nicht für die Griechen) machten nach Ansicht der AfD aus der EU eine Transferunion, womit das Gebot der staatlichen Zurückhaltung gegenüber der Marktlogik gebrochen würde. Die ökonomische Stabilität Deutschlands als führender Wirtschaftsmacht Europas werde durch den Euro und die hohe Staatsverschuldung der südlichen Länder der EU gefährdet. Bekämpft wurde von der AfD vor allem die (tatsächlich nie vorhandene) Gefahr, dass sich die EU von einem vor allem marktliberal fundierten Projekt zu einer Sozialunion wandeln könne. Dieser soziale Ausgleich in der EU wurde von der AfD scharf zurückgewiesen.

In dieser hauptsächlich wirtschaftsliberalen Argumentation waren eine ganze Reihe von klassischen Topoi der politischen Rechten angelegt: Die Überlegenheit der deutschen (nordeuropäischen) Wirtschaft und Arbeitsmoral gegenüber dem Süden (das Schlagwort der »faulen Griechen« als Ausdruck eines Nationalismus); die Ethnisierung ökonomischer Differenzen (der Griechen/Südländer hat eine andere Arbeitsmoral), die Aufgabe deutscher Souveränität (Nationalismus). Zudem nahm die AfD mit der EU einen Akteur ins Zentrum der Kritik, der als Projektionsfläche für zahlreiche (berechtigte) Kritiken am undurchschaubaren, abgehobenen und mit den Sorgen der Menschen nicht mehr verbundenen Politikbetrieb sehr gut taugte.

So sprach die AfD zur Bundestagswahl 2013 vor allem eine an den neoliberalen Glaubenssätzen orientierte bürgerliche Wählerklientel an, war aber gleichermaßen attraktiv für WählerInnen, die ihre völlig unterschiedlich begründete Unzufriedenheit mit dem etablierten Politikbetrieb mit rechten Ideologiemomenten zum Ausdruck brachten (Nationalismus: Deutschland zuerst; Ethnozentrismus: Überlegenheit der Deutschen/Nordeuropäer).

Die thematische Spannweite zwischen nationalliberalen, rechtskonservativen/neurechten und christlich-konservativ fundamentalistischen Akteuren in der AfD und die Offenheit zu Teilen der extremen Rechten war von Anfang an angelegt und kann generell sicher eher als Vorteil denn als Nachteil für die Partei gewertet werden. Zumindest so lange, wie die AfD sich relativ glaubwürdig von der extremen Rechten in ihrer traditionellen Form abgrenzen konnte. Die AfD vermochte es von Beginn an, unterschiedliche Menschen anzusprechen, für die unterschiedliche Formen rechter, konservativer Ideologie von Bedeutung für ihre politische Präferenz sind. Autoritäre neoliberale Selbständige fanden sich hier neben ethnozentristisch orientierten männlichen Angestellten. Enttäuschte Wähler der FDP machten ebenso ihr Kreuz bei der AfD wie ehemalige Wähler der LINKEN, für die die Frage der Zuwanderung zum Entscheidungskriterium der politischen Präferenz wurde.

Dieses Catch-all-Prinzip unter rechten Vorzeichen funktionierte so lange gut, wie die Gründungsthemen der AfD Konjunktur hatten, Bernd Lucke als Primus inter pares unbestreitbar die Führungsrolle innehatte und der immer vorhandene Teil der Partei, der Verbindungen und inhaltliche Überschneidungen zu Teilen der

extremen Rechten hat, sich nicht zu laut zu Wort meldete. Spätestens nach der Europawahl im Frühjahr 2014 war diese Phase aber abgeschlossen.

Die Gegenüberstellung der sicherlich auszumachenden drei Flügel der AfD läuft Gefahr, hier eine absolute inhaltliche Differenz zu unterstellen, wo es vor allem strategische und kommunikative Unterschiede sind. Wiewohl es auch klare Brüche zwischen den Flügeln gibt.

Herbert Schui und andere haben schon in den 1990er Jahren mit dem Band *Wollt ihr den totalen Markt?* verdeutlicht, wie eng zentrale Ideologiemomente des Neoliberalismus mit solchen der extremen Rechten verbunden sind. Zu nennen sind hier die Ideologie der Ungleichheit, sozialdarwinistische Vorstellungen, Demokratieabwehr, Elitenmodelle u. a. m. Im traditionellen Rechtsextremismus findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht Dazugehörigen, den Ausländern, Fremden, Anderen unterschieden.

Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die »Schmarotzer«, »Leistungsunwilligen« und Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. In der AfD finden sich bis heute beide Formen der Argumentation. Und dennoch lässt sich an diesem Punkt eine Differenz festmachen, die letztlich darüber entscheidet, ob eine Partei den Weg zur modernen Rechtspartei im Sinne des Front National oder der FPÖ geht oder sich im rechtskonservativen, nationalliberalen Mainstream befindet. Aus meiner Sicht lag der Bruchpunkt zwischen dem Lucke-Flügel und dem jetzt siegreichen nationalkonservativen/neurechten Flügel genau hier.

Um es am zentralen Thema der Zuwanderungspolitik zu verdeutlichen: Programmatisch stand die AfD unter Lucke dem Thema Zuwanderung offen gegenüber. Zentrales Kriterium für die Frage, ob jemand nach Deutschland einwandern dürfe, müsse die Nützlichkeit für den Wirtschaftsstandort Deutschland sein. Die Herkunft spielt keine Rolle, allein die Verwertung im kapitalistischen Interesse bildete das Kriterium. In den Debatten zu Pegida wurde diese ohnehin schon umstrittene Position von den Nationalkonservativen um Gauland zugespitzt. Jetzt waren es Zuwanderer aus einem bestimmten kulturellen Raum, deren Zuwanderung prinzipiell vermieden werden sollte. Menschen aus dem muslimischen Kulturraum seien, so Gauland, prinzipiell nicht integrierbar. Eine klassisch ethnopluralistische Position, wie sie gegenwärtig in der AfD mehrheitsfähig ist, von den Leuten um Höcke weiter zugespitzt und wie sie von allen modernen Rechtsparteien in Europa vertreten wird.

Angebotslücke: Wen repräsentiert die AfD?

Ohne Zweifel beruht der bisherige Erfolg der AfD auf einer Repräsentationslücke. »Nur was im etablierten Parteienspektrum fehlt, hat eine Chance« schreiben Korte, Leggewie und Lewandowsky im Juni 2015 in ihrem AfD-Artikel in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*. Für sie war es vor allem die Besetzung von »mittenzentrierten europakritischen Themen« im Zuge der Euro-Rettungspolitik, die den Aufstieg der AfD ermöglichten.

In der Tat lässt sich beobachten, dass minoritäre Teile des deutschen Kapitals kritisch zur Rettungspolitik der Union/FDP-Regierung standen und einen Akteur suchten, der ihre marktliberal begründete Kritik zum Ausdruck brachte:

»Ich bin tief besorgt darüber, dass es im Bundestag keine wirtschaftsliberale Opposition mehr gibt. Alle Parteien bewegen sich auf der gleichen sozialdemokratisch-sozialistischen Linie.«² So begründet der frühere BDI-Präsident und frühere Bundesvorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates Heinrich Weiss seine Unterstützung des AfD-Mittelstandforums, das sich im Januar 2015 mit bescheidenen 120 Mitgliedern gegründet hat. Klassenpolitisch repräsentierte die AfD anfänglich u. a. mittelständische Kapitalfraktionen rund um den Verband der Familienunternehmer.

Doch von Beginn an repräsentierte die AfD auch einen politisch heimatlosen Teil an Bürgerinnen und Bürgern, die sich sozialstrukturell nicht auf einen Nenner bringen lassen, mehrheitlich aber nicht zum prekären oder abgehängten Teil der Bevölkerung gehören, sich aber dennoch als gefährdet wahrnehmen. In der Wissenschaft hat sich hier der Begriff der subjektiv Deprivierten eingebürgert.

Die Untersuchungen von Heitmeyer u. a. haben über zehn Jahre die »Deutschen Zustände« gezeigt und eine Form der »rohen Bürgerlichkeit« vorgestellt, die ihre politische Heimat in der AfD zu finden scheint. Die in den deutschen Zuständen ausgeführten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richten sich gegen ganz unterschiedliche schwache Gruppen. Flüchtlinge, Menschen mit muslimischem Hintergrund, Sinti und Roma finden sich hier genauso wie Langzeitarbeitslose oder Homosexuelle. Von Anfang an fanden die Anhänger solcher Positionen sich in der AfD wieder.

Legt man die Zahlen von Heitmeyer u. a. zugrunde, dann repräsentiert die AfD mit diesen Positionen potenziell einen so großen Teil der Bevölkerung, dass alle Abgesänge nach dem Ausscheiden des nationalliberalen Flügels zu früh kamen. Hinzu kommt die häufig mit dem Begriff des Rechtspopulismus bezeichnete Attitüde der AfD, außerhalb des etablierten politischen Spektrums zu stehen und in einer Gegenüberstellung des »Wir hier unten« gegen »Die da oben« das weit verbreitete Misstrauen und die offene Feindschaft gegen etablierte Politik zum Ausdruck zu bringen. Die zum Mantra erhobene Alternativlosigkeit einer neoliberal fundierten, an den Interessen des Kapitals orientierten Politik aller Bundestagsparteien außer der LINKEN dient einer Partei, die die »Alternative« im Namen führt, als Lebenselixier.

Während Lucke mit seiner Ablehnung, die AfD als Pegida-Partei zu positionieren, dieses Potenzial der »rohen Bürgerlichkeit« nicht aktiv umwerben wollte, zielt der jetzt siegreiche Flügel um Petry und Gauland genau darauf. Hintergrund ihrer Entscheidung sind die für die AfD erfolgreichen Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo die Partei mit den klassischen Themen der erfolgreichen europäischen Rechten auftrat: Zuwanderungsabwehr und Kriminalitätsdiskurs und die Verknüpfung beider Themen zu einer von außen kommenden Bedrohung.

Laut einer Forsa-Umfrage vom Juli 2015 halten 75 Prozent der AfD-Anhänger Asylbewerber generell für »Schmarotzer«, 76 Prozent bescheinigen den Medien einen linkslastigen »Gesinnungsterror« und 67 Prozent

² Vgl. *Handelsblatt* vom 23.1.2015.

finden, dass Menschen, die nicht arbeiten wollen, zur Arbeit gezwungen werden sollen. Man mag sich kaum ausmalen, wie diese Werte nach mehr als vier Monaten Flüchtlingsdebatte aussehen. Die Ergebnisse des Parteitags der AfD spiegeln also das Empfinden der Anhänger wieder.

Wählerbasis, Gründe für den Erfolg der AfD

Die Gründe für den bisherigen Erfolg der AfD sind vielfältig. Im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbarländern bestand das Bemerkenswerte eher darin, dass sich in Deutschland bisher kein erfolgreiches rechtes Parteiprojekt etablieren konnte. Während in zahlreichen europäischen Ländern solche Parteien inzwischen zu einem (mit)entscheidenden Faktor der Politik geworden sind, steht Deutschland diese Entwicklung möglicherweise noch bevor. Der Aufstieg des häufig als Rechtspopulismus bezeichneten Phänomens seit den neunziger Jahren hat zahlreiche Ursachen. Drei zentrale möchte ich kurz skizzieren:

Der Schwenk der europäischen Sozialdemokratie hin zum neoliberalen Mainstream – beispielhaft wäre hier das Blair-Schröder-Papier von 1999 zu nennen – hat dazu geführt, dass größere Teile der abhängig Beschäftigten sich nicht mehr durch die Sozialdemokratie vertreten fühlen. In zahlreichen europäischen Ländern ließ sich der Einbruch der modernisierten Rechtsparteien in ehemalige linke Wählerhochburgen nachweisen. Während die Sozialdemokratie die Schutzfunktion vor den Verheerungen des entfesselten Marktes preisgab, versprachen diese Parteien einen Schutz, der auf Zugehörigkeit, Herkunft, Nation, Ethnie, »Rasse« gründete.

Gleichzeitig gelang es vielen dieser Rechtsparteien, sich als Sprachrohr der von Heitmeyer so bezeichneten »rohen Bürgerlichkeit« zu etablieren. Sich selbst als Leistungsträger sehende mittelständische Kleinunternehmer und Angestellte, die sich die Leistungsideologie des Neoliberalismus zu Eigen gemacht hatten, rebellierten gegen Minderheiten, Flüchtlinge, Arbeitslose und andere randständige Gruppen, denen vor allem der leistungslose Bezug von öffentlichen Geldern vorgeworfen wurde.

Schließlich findet sich bei den Anhängern der modernen Rechtsparteien auch eine Gegenbewegung zur vermeintlich fortschreitenden Liberalisierung der europäischen Gesellschaften. Die Ausweitung der Rechte für gleichgeschlechtliche Paare und die immer stärkere Auflösung traditioneller Familienvorstellungen haben zu einem Backlash geführt, der sich in Märschen für das Leben, einem militanten Antifeminismus u. Ä. festmacht.

Alle hier genannten Punkte lassen sich bei der AfD finden. Ihr bisheriger Erfolg ist auch ein Ausdruck massiver Krisenerscheinungen im gegenwärtigen marktradikalen Kapitalismus.

Häufig wird im Zusammenhang mit Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien von Globalisierungsverlierern oder solchen, die Angst vor den Zumutungen dieser Form der Globalisierung haben, gesprochen. Der niederländischen Sozialwissenschaftler René Cuperus beschreibt die gegenwärtige Auseinandersetzung vor allem als Kampf entlang von Bildungsunterschieden. Er ließe sich aber auch als eine Form der Klassenaus-einandersetzung lesen.

Laut Cuperus wird der europäische Populismus oftmals als ein »Phänomen der breiten unteren Mitte« aufgefasst, die »sich gegen die Einstellungen und den internationalistischen Kurs einer als abgehobenen wahrgenommenen Elite« wehre. Die »gut Ausgebildeten und die weniger gut Gebildeten« lebten zunehmend in getrennten Welten.

»Vor allem Akademiker tendieren dazu, sich in ihren eigenen Kreisen abzuriegeln. Aus diesem Biotop schauen sie auf die weniger Gebildeten herab. Sie verachten deren Humor, deren Geschmack und deren politische Überzeugungen. [...] Die Akademiker und die weniger Gebildeten unterscheiden sich vor allem in ihren Einstellungen zu so genannten Globalisierungsfragen: zur Frage der offenen Grenzen, der Einwanderung und zum europäischen Integrationsprozess. Bei diesen Themen stehen sich beide soziokulturellen Gruppen diametral gegenüber. Die besser Gebildeten sind kosmopolitischer und universalistischer, während die weniger Gebildeten tendenziell nationalistischere und partikularistischere Auffassungen vertreten. In unserer sich ständig wandelnden Welt verfügt die erste Gruppe über weit mehr politisches Vertrauen und finanzielles sowie kulturelles Kapital als die zweite Gruppe. [...] Der Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden Gesellschaften. Insofern ist der Populismus der Kampf um ein verlorenes Paradies. [...] Provozierend kann man sagen: Die wirkliche Avantgarde sind heute die weniger Gebildeten, indem sie auf die Schattenseiten der Globalisierung hinweisen und die ungerechte und ungleiche Lastenverteilung der Globalisierung auf die politische Agenda setzen.«³

Eine solche provozierende Sichtweise läuft Gefahr, die enorme Rolle und Verankerung eines kulturell begründeten Rassismus und dessen Verankerung auch in den vermeintlichen Bildungs- und ökonomischen Eliten zu unterschätzen – Stichwort Sarrazin. Dennoch bleibt aus einer linken Perspektive die Frage, ob und wie ansprechbare Teile dieser unteren Mittelschicht erreicht werden können und die fortschreitende Ethnisierung der sozialen Fragen verhindert werden kann?

³ Zitiert nach Horst Kahrs: Zerfall des Mythos von der »Mitte«, RLS-Papier (http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onl_Zerfall-Mythos-Mitte_Kahrs.pdf).